

Leipzig, den 6. Mai 2017

## Landwirte der neuen Bundesländer positionieren sich zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU

### **„60 Jahre Römische Verträge – 60 Jahre Gemeinsame Agrarpolitik“**

Das sind nicht nur 60 Jahre Frieden unter den Völkern Europas, sondern auch 60 Jahre Ernährungssicherheit für unsere Menschen. Die Grundlage dafür war, ist und bleibt eine Gemeinsame Agrarpolitik, die uns europäischen Landwirten wirtschaftliche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet. Im Vordergrund der landwirtschaftlichen Erzeugung steht die Produktion qualitativ hochwertiger und sicherer Lebensmittel. Hinzu kommen neue Herausforderungen wie verbesserte Öko-Effizienz, Klimawandel, Risikomanagement, zunehmende Marktvolatilitäten sowie höhere gesamtgesellschaftliche Ansprüche. Die Anforderungen an die Landwirtschaft müssen im Rahmen der zukünftigen EU-Agrarpolitik aufgegriffen und praktikabel umgesetzt werden. Umso wichtiger ist es, mit einer bewährten Agrarpolitik über 2020 hinaus eine flächendeckende, multifunktionale Landwirtschaft zu sichern und die ländlichen Räume vor einem Aussterben zu bewahren.

Das bisherige Ziel, eine produktive und multifunktionale Landwirtschaft, bei vorrangiger Sicherung der Einkommen und Existenzen unserer Familien- und Mehrfamilienbetriebe, bleibt auch in Zukunft die Grundlage für die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes. Die Beibehaltung eines unteren Sicherheitsnetzes für die landwirtschaftliche Produktion und neue Instrumente zum Risikomanagement sind angesichts zunehmend volatiler Märkte unverzichtbar. Die Förderung von Investitionen in Forschung und Innovation sind dabei genauso wichtig wie die Schaffung einer angemessenen Anreizkomponente für Agrarumweltmaßnahmen. Der konsequente Abbau administrativer und bürokratischer Belastungen für unsere Betriebe muss dringend in Angriff genommen werden. Dabei müssen jegliche weitere Wettbewerbsverzerrungen in offenen Agrarmärkten verhindert werden.

Für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen ist eine starke erste Säule unverzichtbar. Eine pauschale Kürzung des EU-Agrarhaushaltes – lehnen wir entschieden ab. Kappung und Degression sowie jegliche weitere Umverteilung innerhalb der ersten Säule, wie auch von der ersten in die zweite Säule, stellen die Umsetzung gesamtgesellschaftlicher Anforderungen und die Sicherung der Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe infrage und sind für uns nicht hinnehmbar. Gerade die Direktzahlungen der ersten Säule dienen der Erfüllung von europäischen Standards, die über das Weltmarktniveau hinausgehen und sind nicht nur in Krisenzeiten ein wesentlicher einkommenswirksamer Bestandteil. Darüber hinaus sind unsere freiwilligen öffentlichen Leistungen im Bereich der Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen mit einer entsprechenden Anreizkomponente, die auch den Wert der gesamtgesellschaftlichen Leistungen honoriert, einkommenswirksam zu vergüten.

Nur so werden wir auch zukünftig flächendeckend in der Lage sein, die wachsenden gesellschaftlichen Ansprüche und neuen Herausforderungen anzugehen und zu meistern.

Für diese Ziele werden sich die Bauernverbände der neuen Bundesländer mit Nachdruck einsetzen und die europäische wie auch die deutsche Politik in die Verantwortung nehmen.